



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Flugschriften aus Österreich

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

gute Verzinsung ihrer ägyptischen Papiere, ohne Wagnis und Kosten ihrerseits von den Engländern so trefflich besorgt werden.

In seiner letzten Guildhallrede hat der leitende Minister Großbritanniens den Franzosen auf ihre Beschwerden geantwortet. Nachdem er die Wohlthaten der englischen Einmischung: Wiederherstellung des Friedens, Erhaltung der Ordnung, Beseitigung der verderbten Gerichtspflege, Besserung der Finanzen und Ermäßigung der Steuern aufgezählt und auf die durch Emin Paschas Besiegung gesteigerte Gefahr vom Mahdismus des Sudan hingewiesen hatte, erklärte er: „Wir haben es unternommen, Ägypten zu stützen, bis es imstande ist, sich selbst gegen jeden heimischen und auswärtigen Feind aufrecht zu erhalten.“ Die Notwendigkeit solcher Stützung wird verstärkt durch die Befürchtung, daß ein schließlicher Sieg der religiösen Schwärmer und der Sklavenhändler am obern Nil in den Gebieten am untern Stromlaufe die von England seit Jahrzehnten und neuerdings auch von uns mit diesem gemeinsam bekämpfte Sklaverei in erschreckendem Maße ausbreiten würde. Frankreich begünstigt den Handel mit Menschenfleisch, indem es seine Flagge Schiffen mit Negerladungen leiht und sich der Durchsuchung solcher Schiffe widersetzt. Diesen Handel in Innerafrika zu unterdrücken, ist vorläufig unmöglich. Aber die Ausfuhr über die Grenze des Sudan läßt sich sehr wohl verhindern, wenn Ägypten von Gegnern des schändlichen Geschäfts beaufsichtigt und verwaltet wird, und so ist das Verbleiben der Engländer am Nil auch aus diesem Grunde zu wünschen.



Flugschriften aus Österreich



as Jubiläum der Taaffischen Ära — es war im August zehn Jahre, daß Graf Taaffe von der Krone zur Leitung der innern Angelegenheiten Cisleithaniens berufen worden ist — hat Anlaß zu einer Reihe von Flugschriften über die innere Lage Österreichs und insbesondre über die der Deutschen gegeben. Wir greifen einige davon heraus, von denen jede eine andre politische Richtung bezeichnet. In die österreichischen Parteiverhältnisse der Gegenwart, die den Reichsdeutschen immer noch verworren und schwer verständlich erscheinen, führen sie besser ein, als es eine allgemeine Schilderung vermöchte. Vieles freilich wird nach wie vor dunkel bleiben, und auch neue Befürchtungen über die Zukunft der Deutschen in Österreich, ja über die Zukunft der Monarchie selber drängen

sich dem Leser dieser Flugschriften auf, dazwischen leuchten aber doch auch wieder neue Hoffnungen auf: nicht Auflösung und Zerstörung, höchstens Umbildung und Neugestaltung wird der ruhig erwägende zuletzt für die kommenden Jahre erwarten.

Die erste von diesen Schriften — sie erschien bereits einige Monate vor dem Jubiläum — trägt den Titel: Neue Bahnen (Wien, Karl Konegen). Der Verfasser geht von der Frage aus: Welchen Erfolg hat die zehnjährige Oppositionspolitik der deutschen Partei zu verzeichnen? Nur den einen will er ihr zugestehen: verhindert zu haben, daß Österreich heute schon ganz in föderalistisch-klerikalen Bahnen wandelt, es sei ihr wesentliches Verdienst, „wenn Staatseinheit, Staatssprache, Altösterreichertum noch deutlich erkennbar bestehen, wenn die alten Traditionen Österreichs noch nicht überwundene Begriffe sind.“ Aber eben nur zu hemmen, nicht aufzuhalten hat die deutsche Opposition den Gegner vermocht, dies sei ihr einziger, also ein sehr bescheidner, sehr zweifelhafter Erfolg. Wie dies nun enden soll, fragt der Verfasser: „Will die deutsche Opposition der heldenhaften Schar des Leonidas gleich bis zum letzten Augenblicke den aussichtslosen Kampf kämpfen und verendend den Triumph ihrer Gegner noch sehen?“ Aber es könnte ja ein Umschwung eintreten, die deutsche Partei wieder aus Staatsruder gelangen! Dies bestreitet der Verfasser entschieden, nur ein von der Partei selbst unabhängiger Zufall vermöchte es. Der Grund davon liege in der bereits in den ersten siebenziger Jahren leise, im Jahre 1879 entschieden und endgiltig veränderten Stellung der auswärtigen Politik des Kaiserstaates, die wieder durch die allgemeinen Weltverhältnisse bedingt wurde. „Es ist eine bittere Wahrheit — ruft er aus —, aber wir Deutschen dürfen uns vor ihr nicht verschließen: mit dem Augenblick, da Österreich-Ungarn seine neue Orientpolitik entfaltete, mußte es auf den Charakter eines rein deutschen Staates verzichten.“ Denn ein rein deutsch regierter Staat, worin viele Millionen unzufriedner Slawen wohnen, könne nicht in den slawischen Ländern der Balkanhalbinsel mit Rußland um politischen Einfluß kämpfen. Nur dann sei dieser Wettbewerb mit einiger Aussicht auf Erfolg zu führen, „wenn die slawischen Stämme Österreichs der Notwendigkeit entzogen werden, in Rußland ihren natürlichen und berufenen Hort zu erblicken.“

Das Bündnis mit Deutschland, so führt der Verfasser unsrer Flugschrift weiter aus, erfordere durchaus nicht, wie man im deutschen Lager so oft meine, eine deutsche Parteiregierung. Denn dieses Bündnis habe eine österreichische Politik zur Voraussetzung, die jeden Gedanken an eine Wiedergewinnung der Stellung, die Österreich vor 1866 einnahm, ausschließe. Deutschland brauche zum Bundesgenossen ein Österreich, das seine Zukunft im Osten suche und auf den Westen und Norden verzichte. Es habe kein Interesse, daß dieses Österreich vorherrschend deutsch sei, es solle nur nicht preußenfeindlich und russenfreundlich sein. Indem die Versöhnungsaktion des Grafen Taaffe die

Slawen Österreichs zu befriedigen suche, ziehe sie diese von Rußland ab und lehre sie Preußen-Deutschland, das ihrer nationalen Entwicklung kein Hemmnis bereite, schätzen. Genug, die äußere Lage verlange es, daß in Österreich nicht mehr gegen und nicht mehr ohne die Slawen regiert werde, auch Deutschland habe ein Interesse daran.

Wenn aber jener Zufall, von dem der Verfasser spricht, wirklich eintrete, würde dies nicht anders werden; auch ein deutsches Ministerium könnte die slawenfreundlichen Bahnen der Ära Taaffe nicht verlassen; alles, was durch ein solches erreichbar wäre, sei die Erhaltung des status quo. An die nationalen Errungenschaften der Tschechen heute zu rühren, wäre die Revolution.

Man wird einwenden, daß schon viel gewonnen wäre, wenn der fortschreitenden Tschechisirung Böhmens und Mährens Einhalt gethan werden könnte. Aber diese Tschechisirung, von der die deutschen Blätter so viel schreiben, die deutschen Abgeordneten so viel reden, wird vom Verfasser bestritten; die deutschen Bezirke Böhmens und Mährens tschechisiren zu wollen, nennt er einen wahnsinnigen Gedanken. Nun, wenn dem so ist, so könnte doch eine deutsche Regierung die administrative Teilung der national gemischten Länder durchführen und damit die Quelle des unerträglichen Haders verstopfen. Daß dies ein Ausweg zum nationalen Frieden wäre, giebt der Verfasser zu, aber — sagt er geheimnisvoll abwehrend — „ein vollständiger Bruch mit der Verwaltung auf Grund der historisch-politischen Einheiten, Gliederung der erstern nach politisch selbständigen, national abgegrenzten Einheiten, muß zur Stunde außer jeder Diskussion bleiben.“ Wir staunen. Zur Stunde? Allerdings. Aber es handelt sich ja jetzt darum, zu erwägen, was ein deutsches Parteiministerium für die Deutschen zu thun vermöchte.

Lassen wir aber auch diesen Einwand. Denn das ist ja wahr, ein deutsches Parteiministerium wird in absehbarer Zukunft nicht kommen. Wozu also darüber streiten, was es würde thun können, und was nicht.

Der Verfasser kommt zu dem Schluß: Es ist keine Aussicht, daß der negative Erfolg der deutschen Opposition sich je in einen positiven verwandle, aber sehr möglich, daß auch in Zukunft der negative fehlen wird. Überaus trostlos! Der Verfasser giebt dies zu, nennt er sich doch selber einen Deutschen und giebt seiner deutschen Gesinnung wiederholt entschieden Ausdruck. Aber ohne Hoffnung ist er nicht, er kann nicht daran glauben, daß die Deutschen Österreichs nie wieder einen „ihrer Zahl, ihrer Stellung und ihrer Verdienste um den Staat entsprechenden Anteil an der Gesetzgebung und Regierung“ erhalten sollen. Sie dürfen nur nicht so forttreiben wie bisher, sie müssen ihre politische Haltung ändern. Unse Spannung steigt aufs höchste. Was sollen die Deutschen thun? Bevor unser Verfasser hierauf Antwort giebt, entwirft er eine treffende Schilderung von dem österreichischen Parlament und der Stellung, die die Deutschen darin einnehmen.

Streng genommen ist nämlich der Reichsrat, wie er sich in Wien versammelt, gar kein Parlament, sondern „ein Nationalitätenkongreß in parlamentarischen Formen.“ Es sind große und kleine nationale Parteien da, aber alle enthalten die verschiedenartigsten Elemente in sich vereinigt: Konservative, Liberale, Schutzzöllner, Freihändler, Agrarier, Manchestermänner, Antisemiten — sie alle stimmen in wichtigen Dingen gemeinsam gegen eine ebenso bunte Schar nationaler Gegner. Die Regierung weiß das, und es ist ihr keineswegs erfreulich, aber sie vermag nichts dagegen, sie fügt sich den Thatsachen. Die Linke aber — die nicht etwa wie in andern Parlamenten nur Liberale, Demokraten, Radikale umfaßt, sondern eben die Deutschen, mit einziger Ausnahme der Klerikalen — verschließt sich dagegen, thut so, als wenn wirklich ein Parlament wäre, wie etwa in England, und verlegt sich auf einen parlamentarischen Kampf, der natürlich aussichtslos ist. Und selbst zugegeben, daß es den Deutschen einmal gelänge, die Majorität des Hauses gegen die Regierung zu vereinen, der Sturz des Ministeriums würde keineswegs die Folge sein. „Graf Taaffe ist kein parlamentarischer Minister, er hat diesen Ehrgeiz nie gehabt.“ Seine Stellung ruht vor allem auf dem Vertrauen der Krone. Das ist wirklich so, und wir sind weit entfernt, darin an und für sich ein Unglück zu sehen. Im Gegenteil: Eigenart und Überlieferung der österreichischen Reichshälfte verlangen gerade eine solche Regierung, und nur unverbesserliche Doktrinäer werden bei uns eine parlamentarische Parteiregierung eingerichtet wissen wollen. Das Unglück der Deutschen liegt nur darin, daß die Krone eben aus Gründen auswärtiger Politik das slawenfreundliche System angenommen hat.

Was bleibt nun also den Deutschen, so schließt der Verfasser, als ein Kompromiß mit diesem System? Sie mögen endlich einmal aufhören, in dem „Zentralabrechnungsamt“ am Burgring ein Parlament zu sehen, sie mögen den Gedanken aufgeben, das Ministerium parlamentarisch zu stürzen. Mit der Mehrheit können sie nicht paktiren, wohl aber mit der Regierung, mit dieser müssen sie sich abfinden, ihr Ziel muß sein, „eine angemessene Vertretung in der Regierung [eine Regierung des Taaffischen Systems ist gemeint] zu erhalten.“ Dann werden die Deutschen auch den extremen Forderungen und Bestrebungen der Nationalen sowie denen der Klerikalen — denen unser Verfasser besonders feind ist — wirksam entgegentreten können. Vor nichts aber werden die Deutschen in dieser Flugschrift eindringlicher gewarnt, als vor einer den österreichischen Staatsgedanken zunächst ganz beiseite setzenden rücksichtslos nationalen Politik, wie sie wohl hie und da gefordert wird. Denn diese müßte unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu einem gänzlichen Verzicht auf die Teilnahme an der Gesetzgebung, zum Austritt aus dem Reichsrat führen, was „zwar unzweifelhaft den nationalen Gedanken in den geschlossenen deutschen Bezirken außerordentlich kräftigen, dagegen alle deutschen Minoritäten, namentlich in Böhmen und Mähren, rettungslos dem slawischen Moloch opfern“ würde.

Die Zugeständnisse, die nun der Verfasser der „Neuen Bahnen“ der Regierung gemacht wissen will, deutet er nur flüchtig an. Es bedürfe dabei, meint er, „keines Verrats an angestammten Grundsätzen und Überzeugungen, sondern nur einer veränderten Taktik.“ In rein nationalen Fragen soll die Linke ihren bisherigen Standpunkt wahren, sonst aber von Fall zu Fall, wie in der Wehrgefeßdebatte, ohne jede Voreingenommenheit gegen das Ministerium abstimmen und wo es nur irgendwie mit ihrer nationalen Überzeugung vereinbar ist, die Regierung unterstützen. Den Einwand, daß diese Regierung der deutschen Partei für dieses Entgegenkommen wenig Dank wissen werde, bringt der Verfasser selber vor, entgegnet aber: „Wir müssen den Grafen Taaffe, d. h. die Regierung, zur Liebe einfach zwingen.“ Die Rechte werde dann freilich ängstlicher als bisher bestrebt sein, der Regierung keine Zwangslage zu schaffen, und auch die Regierung werde auf ihrer Hut sein. Einmal aber, dessen könne man versichert sein, werde der Augenblick doch kommen, wo die Regierung die angebotene Hilfe in Anspruch nehmen werde. Wie sich der Umschwung zu Gunsten der Deutschen ändern werde, das wisse niemand, in einer Wiederkehr der vortaaffischen Zeit werde er nicht bestehen, aber eine entsprechende Vertretung der deutschen Partei im Kabinet dürfe man dann hoffen, und dies wäre — mit dem Zustande der letzten zehn Jahre verglichen — unstreitig ein großer Gewinn. Der Verfasser schließt: „Als gute Österreicher wollen wir den innern Frieden; als Deutsche wünschen wir, daß unser Stamm den ihm gebührenden Anteil an der Regierung erhalte. Diese beiden Rücksichten lassen eine kluge Kompromißpolitik rätlich erscheinen, wobei wir nicht an das augenblickliche Kabinet Taaffe, sondern an die permanenten Gewalten unsers Staates, welche an dem innern Frieden mehr interessirt sind als jede auf parlamentarische Parteien gestützte Regierung,*) uns wenden.“

Neuösterreich von Otto Hornung (Zürich, Verlagsmagazin, 1890) ist eine Erwiderung auf die Ratschläge der „Neuen Bahnen.“ Diese Flugschrift geht gleichfalls von einem Deutschen aus, ist aber in viel schärferem Tone gehalten und will — um es gleich zu sagen — von einer Kompromißpolitik gar nichts wissen, im Gegenteil, sie besteht auf der schärfsten Gegnerschaft zur Regierung. In manchen Punkten stimmt sie aber doch mit den „Neuen Bahnen“ überein. Hier wie dort spricht sich eine starke Abneigung gegen die Klerikalen und den historischen Adel aus, und auch die Auffassung des österreichischen Parlamentarismus ist in beiden Schriften dieselbe. Der Verfasser von „Neuösterreich“ ist auch überzeugt, daß das seit 1879 herrschende slawenfreundliche System mit der veränderten Richtung unsrer auswärtigen Politik zusammenhänge. Zunächst aber

*) Dieser Satz enthält einen Widerspruch gegen frühere Ausführungen der Flugschrift, da ja nach diesen das Ministerium Taaffe von den parlamentarischen oder genauer reichsrätlichen Parteien unabhängig ist.

unterzieht er diese neue Richtung selbst einer strengen Kritik, sie wird seiner Meinung nach ihr Ziel nicht erreichen und Österreich so wenig Segen bringen, wie der Versuch, die italienische und deutsche Einheit in ihrer Entwicklung aufzuhalten. Denn zwischen Rußland und den Balkanstaaten bestehe schon seit lange eine nationale Wahlverwandtschaft, die Österreich, das sich bei diesen Volksstämmen niemals irgendwelcher Sympathien erfreute, nicht werde überwinden können. Nicht in dem Kaiser in Wien, sondern in dem Zaren erblickten die Montenegriner und Serben, die Bulgaren und selbst die Rumänen ihr natürliches Oberhaupt. Und so vermag denn der Verfasser auch die Opposition der Deutschen gegen die Eroberung südslawischer Gebietsteile nicht so hart zu verurteilen, wie das gewöhnlich zu geschehen pflegt: es war ein taktischer Fehler, dies giebt er zu, aber er hört darin doch vor allem „einen patriotischen Aufschrei der Besorgnis um die Zukunft des gemeinsamen Vaterlandes.“ Hiergegen ist zu bemerken, daß weder die österreichisch-ungarische Regierung noch die Flugschrift „Neue Bahnen“ an eine Erwerbung jener slawischen Balkanstaaten denkt. Es handelt sich nur darum, Rußland von ihnen fernzuhalten. Der Schreiber dieser Zeilen hat vor Jahren in Paris Bulgaren und Rumänen dieses Thema besprechen hören: „Wir wollen weder russisch noch österreichisch sein — sagte ein Bulgare — sondern selbständig; können wir dies nicht erreichen, dann ist uns allerdings Rußland noch lieber als Österreich, das uns zu germanisiren versuchen würde.“ Eine sehr bezeichnende Äußerung! Soll nun Österreich-Ungarn ganz und gar als Großmacht abdanken, die Hände in den Schoß legen und ruhig zusehen, wie unten weit in der Türkei die Völker auf einander schlagen? Nein, seine Stellung und seine Geschichte legen ihm Verpflichtungen auf, die es übernehmen muß, wenn auch bedeutende innere Schwierigkeiten daraus erwachsen.

Sehr unmutig äußert sich der Verfasser von „Neuösterreich“ über die Einflüsterungen „auswärtiger Politiker,“ die Österreich-Ungarn auf die „neuen Bahnen“ drängen. Es ist leicht zu verstehen, welche Politiker er da meint; gleich darauf drückt er sich aber selber ganz deutlich aus: es sei von Deutschland unedel und unklug zugleich, wenn es bloß um größerer Sicherheit willen Millionen von Deutschen dem Slawismus opfere. „Deutschland — ruft er aus — betreibt heute die gleiche Politik wie die Franzosenkönige der Reformationszeit. Diese schickten auch Heere den deutschen Protestanten zu Hilfe und bereiteten zu Hause den eignen Hugenotten Bartholomäusnächte. Deutschland macht es heute ähnlich. Im eignen Lande kauft es die Slawen aus, im Bundesstaat protegirt es die Verschlingung deutscher Stammesgenossen durch dieselben Slawen.“

Wie man sieht, geht der Verfasser bei diesem Vorwurf von der Annahme aus, das neue System in Österreich bestehe nicht nur in einer Begünstigung der Slawen, sondern geradezu in einer Unterdrückung der Deutschen, an Stelle

des deutsch-zentralistischen Staates soll nicht ein polyglottes Reich von gleichberechtigten Nationalitäten, sondern ein durchaus slawisches treten, wo die Deutschen keine Rechte haben. Das hat der Verfasser der „Neuen Bahnen“ nicht gesagt und nicht sagen wollen, Hornung — oder wer sich unter diesem Namen verbirgt — glaubt es annehmen zu dürfen, ja — nicht ganz ehrlich — stellt er sich an, als hätte er dies in den „Neuen Bahnen,“ die er als ein halboffiziöses Machwerk hinstellt, erst recht bestätigt gefunden, er zitiert dabei sogar falsch (S. 8, 13). Der Gedanke ist schließlich keineswegs neu: schon oft haben Redner und Parteiblätter vom äußersten Flügel dem Grafen Taaffe diesen geheimen Slawisirungsplan zugeschrieben. Neu aber ist, wenn hier nachzuweisen versucht wird, daß das Ministerium Taaffe das slawische Neuösterreich in seinem „altösterreichischen Staatsrahmen“ erhalten wolle, mit andern Worten, daß er so gut Zentralist sei wie Schmerling, nur daß er die Slawen an Stelle der Deutschen gesetzt wissen wolle. Außerdem schiebt er dem Minister auch starke Reaktionsgelüste unter und gegen diese eifert er — wir können es nicht anders sagen — mit banalen Redensarten. „Die Reaktion, ruft er bombastisch aus, ist die gerechte Strafe, welche ein Volk trifft, das seinen eignen Wert vergißt, sie ist das Fegefeuer, in welchem ein entartendes Volk Zeit findet, über das verlorne Paradies der Freiheit nachzudenken,“ und „die Reaktion ist das vom Himmel fallende Feuer, welches unter seiner Lava das Kulturwerk einer geschichtlich großen Zeit begräbt.“ Höchst merkwürdig, ja unbegreiflich an einem Deutschen ist es, wenn Hornung Teilnahme für die vorjährigen Budapester Straßenaufstände — bekanntlich von der chauvinistischen, durch und durch deutschfeindlichen Opposition geschürt — an den Tag legt und in diesen bedauerlichen Ausschreitungen einen Beweis dafür sieht, „daß das ungarische Volk sich besser auf den Schutz seiner Freiheit verstehe.“

Aber lassen wir diese Abschweifung und verweilen wir bei Hornungs Auffassung der Taaffischen Politik. Darnach wäre ihr Inhalt: Slawisirung Österreichs mit Erhaltung des zentralistischen Gefüges — ein riesenhaftes Unternehmen, das nur im Kopfe eines sehr genialen und sehr energischen Staatsmannes erfonnen werden konnte. Ausgeführt kann es von dem, der es erfonnen hat, unmöglich werden, es bedarf nicht der Jahre, nicht der Jahrzehnte, es bedarf eines Jahrhunderts zu seiner Vollendung. Es hieße so viel als in der österreichischen Geschichte eine neue Periode beginnen, das Jahr 1879 wäre alsdann von größerer Tragweite als 1804 oder 1866, es könnte nur mit 1282 verglichen werden.

Der Verfasser von „Neuösterreich“ führt freilich in einem nächsten Kapitel aus, daß dieser ungeheure Plan nicht durchzuführen sei. Was Graf Taaffe nicht sieht, sieht er. Die Austroslawen von heute, sagt er, sind keine Kroaten von 1848; die waren blinde Werkzeuge der Regierung. Diese Austroslawen sind von der großen nationalen Bewegung des Jahrhunderts erfaßt

und werden sich mit der Rolle, die früher den Deutschen im Kaiserstaate zugefallen war, nimmermehr bescheiden, die Polen, die Tschechen, die Slawen — sie wollen kein Großösterreich, auch wenn es slawisch ist, sie wollen ihre selbständigen nationalen Königreiche und Länder. Ja wenn noch die Altschechen wirklich die Mehrheit des tschechischen Volkes darstellten! Aber dies ist nicht der Fall, der wahre Ausdruck des tschechischen Volkswillens ist die jungtschechische Bewegung. Ebenso wenig Anklang aber wie die zentralistische Tendenz der Taaffischen Politik finde die konservative oder reaktionäre. „Die Slawen Österreichs, sagt Hornung und denkt damit ein großes Lob auszusprechen, sind auch nicht mehr das harmlose Volkstum vormärzlicher Zeit, als welches sie die Regierung nimmt. Auch in dieses Element ist der moderne Zeitgeist eingedrungen und wirkt in demselben (demselben?) nach seiner Art. Auch im österreichischen Slawentum ist ein mächtiger National- und Freiheitstrieb erwacht, der nach Befriedigung drängt.“

Ein zweiter Rechnungsfehler des Taaffischen Systems liegt nach der Meinung des Verfassers in der Geringschätzung des Widerstandes, den eine sehr bedeutende politische Macht, die Ungarn, ihm unstreitig entgegensetzen werden, wenn es einmal deutlich hervortritt. Endlich nennt er doch auch die Deutschen; auch diese, giebt er zu, haben noch ein Gewicht in die Waagschale zu werfen, wenn er auch an einer andern Stelle meint, ihre Lage sei heute beinahe schon ebenso schlimm wie die der Deutschen in den russischen Ostseeländern. Nur dann aber wird der Widerstand der Deutschen von Erfolg begleitet sein, wenn sie ihre bisherige parlamentarische Taktik aufgeben, also ganz dasselbe, was der Verfasser der „Neuen Bahnen“ sagt. Aber der Schluß ist anders: nicht einen Kompromiß mit der Regierung — wie wäre ein solcher mit einer Regierung, wie Hornung sie schildert, möglich! —, sondern im Gegenteil, eine ganz rücksichtslos nationale Politik, Austritt aus dem Reichsrat, kurz jedes verzweifelte Mittel — vielleicht auch die Revolution, liest man zwischen den Zeilen — rät er an. Seine Kritik der bisherigen Haltung der deutschen Partei ist dieselbe wie in den „Neuen Bahnen,“ nur schärfer und härter. Und während sich jene mehr gegen die radikalen Elemente unter den Deutschen wendet, sind es hier die konservativen Gruppen — Großgrundbesitz und Großkapital —, die am abfälligsten beurteilt werden. Am besten kommt unter den gemäßigten Parteiführern noch Plener weg, aber auch dieser wird eines schweren Irrtums geziehen: er hoffe noch, er glaube immer noch, die Regierung werde eines schönen Tages vor den Deutschen kapitulieren, und die vortaaffische Ära werde wiederkehren. Die Genossen Pleners, namentlich die ältern, seien alle noch von einem „josephinischen Staatsidealismus“ erfüllt und geradezu unfähig, nationale Politik zu treiben. Darum hinweg mit ihnen! Das deutsche Volk in Österreich wähle vor allem neue Männer. Hornung denkt dabei nicht an die „unverfälschten“ Deutschen und Antisemiten, an die Fiegl, Bergani und

alle die Apostel des abgethanen Schönerer. Aber wie er mit Recht meint, daß die antisemitische Bewegung nicht ohne jede sittliche Grundlage sei, so warnt er auch davor, dem Judentum in dieser neuen Vertretung einen bedeutenden Einfluß zu gestatten, da „die Pflicht der Erhaltung eigener Stammesart mitten unter gewaltigen arischen Volksmassen das semitische Element vielfach in unvermeidliche Kollisionen mit den Bestrebungen und Interessen des Deutschtums bringen müsse.“ Sind einmal diese neuen Abgeordneten gewählt, dann, wie gesagt, Kampf bis aufs Messer, ohne Rücksicht auf den Staat, ohne Rücksicht auf die Religion — Hornung giebt zu überlegen, ob nicht ein Massenübergang des deutsch-böhmischen Volkes zur evangelischen oder altkatholischen Kirche zu veranstalten wäre! Was wird aber der Ausgang dieses Kampfes sein? Hornung sagt es nicht, aber er giebt es zu verstehen: lieber den Zerfall Österreichs will er, als das Österreich der „Neuen Bahnen.“

Fassen wir kurz vergleichend zusammen: beide Flugschriften sehen von der Regierung die altösterreichischen Überlieferungen aufgegeben, beide finden, daß die deutsche Partei dieser Veränderung nicht Rechnung getragen hat. Die eine aber meint, daß die Deutschen sich mit dem neuen System abfinden könnten, denn es schließe nur gewisse Zugeständnisse an die Slawen ein, keineswegs aber eine Slawisirung des Staates; die andre sieht gerade darin den Kern und das letzte Ziel der gegenwärtigen Kronpolitik, darum kann sie nur einen bis zum Äußersten gehenden Widerstand raten, es handle sich um Sein oder Nichtsein. An Widersprüchen und Übertreibungen leiden beide, die letztere aber in viel höherm Maße. Die „Neuen Bahnen“ sind das Werk eines witzigen Kopfes, keineswegs eines Offiziösen oder Inspirierten, auch keines Parteimannes, aber eines Deutschen, der zugleich österreichischer Patriot ist; „Neu-österreich“ stammt aus dem nationalen Lager, wohl aus Nordböhmen, und drückt wirklich die Ansicht einer nicht unbedeutenden Gruppe von Deutschen aus. Sollen wir sagen, was unserm Gefühle nach den Bedürfnissen der Gegenwart mehr entspricht und die Lage der Dinge nüchterner auffaßt, so müssen wir die „Neuen Bahnen“ nennen. Europa ist zu sehr voll Gärung, als daß wir Ratschlägen folgen möchten, die einen großen Staat in seiner Mitte, der schließlich doch unser Staat, der Staat unsrer Väter, der Staat unsers angestammten Kaiserhauses ist, aufs tiefste erschüttern und sein Bestehen aufs Spiel setzen würden. Auch Deutschland könnte einem solchen Versuch keine Teilnahme entgegenbringen. Und es wird zuletzt doch auch an den nötigen Elementen fehlen: Staatsbewußtsein, Loyalität, Religion sind doch nicht wie Kleider, die man nach Gutdünken ablegen kann. Unmöglich können wir auch die Gefahren, die das Deutschtum bedrohen, so furchtbar finden, wie der Verfasser von „Neu-österreich“ es will. Zustimmung können wir ihm nur in dem, was er über die antisemitische Bewegung und den Einfluß des Judentums auf die deutsche Partei sagt.

Die dritte Flugschrift, die wir hier nennen wollen, stammt — was Hornung von den „Neuen Bahnen“ mit Unrecht vermutet — wirklich aus einer offiziellen Feder; sie ist betitelt: „Graf Taaffe 1879—1889. Eine innerpolitische Studie aus Österreich“ (Leipzig, Otto Wigand). Wäre es wahr, was der Verfasser von „Neuösterreich“ über die letzten Ziele der gegenwärtigen Regierung sagt, dann wäre diese Schrift eine ungeheure Heuchelei, wie nur Macchiavelli sie einem Staatsmann raten könnte. Denn von einer Voreingenommenheit gegen die Deutschen ist darin keine Spur. Es wird daran erinnert, daß Graf Taaffe im Februar 1879 die Mission übernommen hatte, aus der damaligen Mehrheit des Reichsrats ein Ministerium zu bilden, daß er aber die Persönlichkeiten hierzu nicht habe finden können. Von dem Prozeß, der sich dann vollzog, sei es äußerst schwer, eine richtige Vorstellung zu geben. Durch ein Gleichnis wird es versucht. „In dem dualistischen System der alten Perser kämpft das gute Prinzip gegen das böse Prinzip, das Licht gegen die Finsternis. Die Söhne des Lichtes wären aller Vorteile beraubt, wenn die Söhne der Finsternis sich plötzlich bekehren wollten. Im Monismus, dem System der Gegenwart, ist dies wirklich der Fall; die Welt wird als Einheit betrachtet. Dasselbe that Graf Taaffe; auf parlamentarischem Boden trat der Monismus in Kraft. Das Element des Lichtes, die verfassungstreue Partei, hatte die Privilegien ihrer Stellung in dem Augenblicke verloren, wo es keine Gegner der Verfassung mehr gab. Nicht umsonst hatte Graf Taaffe darauf hingewiesen, daß das Prädikat »verfassungstreu« nicht mehr als Parteimittel benutzt werden könne. Diejenigen, welche bisher die Gegner der Verfassung waren, sahen sich zur Majorität erhoben, und die Anhänger der Verfassung fanden auf dem von ihnen verteidigten Terrain sich aller Macht beraubt. Die Verteidigung der Verfassung ist nunmehr hauptsächlich dem Staat und seiner Regierung übertragen. Graf Taaffe wiederum gleicht den Feldherren, welche die Armee erst schaffen mußten, zu deren Kommando sie der Staat ermächtigte. Er organisierte eine neue Partei und ermöglichte das Vollparlament, indem er die Tschechen veranlaßte, sich auf den Boden der Verfassung zu begeben.“

Also die Erhaltung, ja die Befestigung der Verfassung wird als der erste Programmpunkt des Ministeriums Taaffe bezeichnet. Daß die Deutschen dabei nicht mitwirken wollten, wird wiederholt bedauert, aber es wird auch anerkannt, daß sie in wichtigen Fragen — so in den Wehrgesetzbatten — aus ihrer Weigerung herausgetreten sind und die Regierung unterstützt haben.

Die Zurückdrängung des deutschen Elementes — oder besser seines politischen Einflusses — leugnet dieser Anwalt des Taaffischen Systemes nicht, aber er meint, diese sei unvermeidlich gewesen, sobald freiheitliche Institutionen da waren. Die Opposition wollte vor allem die Frage beantworten, was denn

die aus ihrer Mitte hervorgegangenen Regierungen gethan haben, um das Machtgebiet der deutschen Sprache zu schützen. Die Stremayrische Sprachenverordnung könne doch unmöglich alle Befestigungen mit einem Schlage zerstört haben. „Es bedürfte einer genauen statistischen Untersuchung um festzustellen, ob das Machtgebiet der deutschen Sprache größere Verluste erlitten hat unter den frühern Ministerien oder unter dem Ministerium Taaffe. Von größter Wichtigkeit ist jedoch der Umstand, daß unter dem Ministerium Taaffe nur ein Prozeß sich fortsetzte, der längst im Gange war.“

Wir gehen hier nicht auf eine Kritik dieser Ausführungen ein, es kommt uns hier nur darauf an, einige von den in Österreich vorhandnen politischen Richtungen zu kennzeichnen. Hier vernehmen wir, wie die Regierung selbst die Dinge ansieht oder angesehen wissen will. Es widerspricht durchaus dem, was der Verfasser von „Neuösterreich“ darüber sagt. Wenn wir nun auch zugeben, daß das Ministerium nicht alle seine Absichten in die Welt hinausstreuen wird, so mögen wir doch auch nicht denken, daß sie sich für das Gegentheil von dem ausgeben wolle, was sie wirklich ist. Sie stünde dann einzig da unter allen Regierungen in Europa. Soviel dürfen wir aus dieser offiziösen Rundgebung doch entnehmen, daß sie nicht auf Slawisirung Österreichs, auf eine Vernichtung des deutschen Elementes ausgeht.

Es erübrigt noch der Nachweis, daß wir es hier wirklich mit einer officiösen Rundgebung zu thun haben. Der Ton des Ganzen ist apologetisch, die Verdienste des Ministeriums Taaffe auf dem Gebiete des Finanz- und Verkehrswezens sowie der sozialen Gesetzgebung werden hoch gerühmt und nicht nur von Erfolgen gesprochen, die Graf Taaffe als Staatsmann zu verzeichnen habe, sondern auch von seinen „Reformen im Geiste reiner Menschlichkeit (Sonntagsruhe) die für ausgedehnte Bevölkerungsklassen dauernd wohlthätig sich erweisen.“ Er habe sich in den Dienst einer großen Sache gestellt, sodaß ihm die Sympathien aller gesichert seien, die an dem österreichischen Gedanken festhalten, und wie bisher, werde ihm fortan seine Mission die Kraft verleihen, der Zeit und ihren Ereignissen mutig und selbstvertrauend ins Auge zu schauen.

Wir können uns zum Schluß nicht enthalten, noch ein Wort über die Form der drei Flugschriften zu sagen. Um kurz zu sein, sie geben alle ein trauriges Zeugnis, wie sehr die politische Schriftstellerei in unsrer Zeit und besonders in Österreich darniederliegt. Ganz abgesehen davon, daß sie von Fremdwörtern wimmeln, ergehen sie sich alle — am meisten aber „Neuösterreich“ — in höchst geschraubten Wendungen und erlauben sich geradezu Unrichtigkeiten. Von Beredsamkeit ist in keiner einzigen auch nur ein schwacher Hauch; die eine ist farblos, die andre bombastisch-geschwäzig, die dritte — noch die beste — vornehmthuerisch und salbungsvoll. Die großen Vor-

bilder dieser litterarischen Gattung — Görres für die Oppositionellen, Genß für die Regierungsmänner, Ranke in der historisch-politischen Zeitschrift für die Vermittelnden — scheinen ganz vergessen zu sein! Es ist kein Vergnügen, diese drei Schriften durchzulesen: ein unerquicklicher Stoff aufs unerquicklichste behandelt.



Die Zurechnungsfähigkeit nach geltendem Recht

Von C. Wernicke



Der Fortschritt der medizinischen Wissenschaft in neuerer Zeit ist in vielen Beziehungen auch der Rechtsprechung zu gute gekommen. So bedeutet es in Fragen der Zurechnungsfähigkeit einen Fortschritt und erleichtert das Urteil im besondern Falle ungemein, daß an die Stelle des Begriffs der Geistesstörung der der Geisteskrankheit getreten ist. Allerdings ist auch noch Geisteskrankheit ein vieldeutiger Begriff, etwa so, wie wenn man von Leberkrankheit oder Darmkrankheit an sich sprechen wollte, aber doch nur so weit, als er wie jeder Sammelname die verschiedenen möglichen Geisteskrankheiten umfaßt. Es ist auch zuzugeben, daß die Geisteskrankheiten noch lange nicht so gut bekannt und von einander abgegrenzt sind, wie die der genannten beiden Körperorgane. Dennoch ist für den einigermaßen erfahrenen und durchgebildeten Fachmann die Geisteskrankheit ein so bestimmt nach außen hin abgegrenztes Gebiet, daß ein Zweifel, ob sie in einem bestimmten Falle anzunehmen sei oder nicht, nur selten vorkommen wird; und dies verdanken wir wesentlich jener Veränderung des Standpunktes der Wissenschaft, die damit beginnen mußte, an ein bestimmtes Organ des Geistes zu glauben, das, wie jedes andre, selbständig erkranken könne.

Wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir in dem Wortlaut des 51. Paragraphen des deutschen Strafgesetzbuches den Ausdruck dieses veränderten Standpunktes der Wissenschaft erblicken. Der Paragraph lautet: „Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn der Thäter zur Zeit der Begehung der Handlung sich in einem Zustande von Bewußtlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistesthätigkeit befand, durch welchen seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war.“ Die krankhafte Störung der Geistesthätigkeit soll augenscheinlich Geisteskrankheit bedeuten. Die Fassung des Paragraphen hat denn auch niemals den geringsten Zweifel daran aufkommen lassen, daß die Geisteskranken als unzurechnungsfähig betrachtet werden müssen.